



Caritas-Pressedienst
Redaktion:
Jürgen Sauer · Markus Jonas
Am Stadelhof 15 · 33098 Paderborn
Telefon 05251 209-311 o. -215
Telefax 05251 209-202
presse@caritas-paderborn.de
www.caritas-paderborn.de

Größte Bedrohung für unsere Gesellschaft

Internationale Wochen gegen Rassismus: Caritas fordert Investitionen in soziale und pädagogische Angebote / politische Bildung muss wirkungsvoller werden

Paderborn, 17.03.2020 (cpd) – Der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn sieht in Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus die mit Abstand größten Gefährdungen nicht nur für einzelne Gruppierungen, sondern auch für die Gesamtgesellschaft. „Seit der deutschen Einheit starben 182 Menschen durch rechtsextreme Gewalt“, erklärt Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig in einer Stellungnahme zu den diesjährigen internationalen Wochen gegen Rassismus, die am 16. März beginnen.

Auch wenn in Deutschland Migration zunehmend als Normalität und nicht mehr als Ausnahmeerscheinung und Bedrohung wahrgenommen werde, würden Rassismus, Benachteiligungen, Abwertung und Ausgrenzung deshalb nicht verschwinden. „Im Gegenteil: Bei zunehmend gelingender Integration von Migranten und der Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer Vielfalts-Gesellschaft, verstärken sich paradoxerweise Kräfte, die weiterhin einem Nationalismus und einer völkischen Homogenität anhängen“, so Lüttig. „Diese Kräfte schrecken zunehmend nicht vor Mord und Terror zurück.“

Rassismus stehe nicht nur mit der kirchlichen Lehre im Widerspruch, sondern auch zu allen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Lüttig: „Der Glaube an Rassen ist hochgradig irrational.“ Es gebe keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte. „Hellhäutige Menschen stammen nicht von anderen Vorfahren ab als dunkelhäutige. Genetische Untersuchungen haben bewiesen, dass alle Menschengruppen die gleichen Vorfahren haben.“

In der aktuellen Situation bedürfe es einer großen gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung mit Investitionen u. a. in interkulturelle und interreligiöse Begegnung auf lokaler Ebene. Angebote sozialer und pädagogischer Arbeit müssten attraktiver sein als die Strategien und Angebote von Vertretern menschenverachtender Ideologien. „Eine weitere Polarisierung und Radikalisierung der Jugend, die sich unter anderem in Gewalt, politischem und religiösem Extremismus und in den Wahlergebnissen der AfD unter jungen Menschen zeigt, lässt sich nur verhindern, wenn wir massiv in die soziale Infrastruktur investieren, die demokratische Zivilgesellschaft stärken und die politische Bildung wirkungsvoller machen“, so Lüttig.